

Liebe, Würde, Freiheit

Queere Rechte weltweit schützen

gruene-bundestag.de

Liebe, Würde, Freiheit – queere Rechte weltweit schützen

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. (Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) Zu viele Schwule, Lesben, Bisexuelle und trans und intergeschlechtliche sowie nicht-binäre Personen auf der Welt, werden jedoch ihrer garantierten Rechte beraubt.

Das Versprechen von Freiheit und Gleichheit steht weltweit unter Druck – auch dort, wo viele lange eine wichtige Stimme für Gleichberechtigung sahen: in den Vereinigten Staaten. Seit der erneuten Präsidentschaft von Donald Trump erleben queere Menschen nicht nur in den USA Rückschritte, sondern auch international eine neue Welle politischer Angriffe auf ihre Rechte. Wenn einflussreiche Staaten den Schutz von LSBTIQ*-Personen zurückfahren, hat das Folgen weit über ihre Grenzen hinaus.

Dabei ist die Grundlage klar: Niemand darf wegen seiner und ihrer sexuellen Orientierung

oder Geschlechtsidentität diskriminiert werden oder Gewalt erfahren. Dennoch werden gleichgeschlechtliche Handlungen in 64 Staaten kriminalisiert, in mindestens sieben Ländern droht weiterhin die Todesstrafe.

LSBTIQ*-Personen sind weltweit besonders häufig von Diskriminierung, Gewalt und Armut betroffen. Autoritäre Regime instrumentalisieren sie gezielt als Feindbild, um Angst zu schüren und von eigenen Krisen abzulenken. Umso wichtiger ist der Einsatz für Gleichberechtigung. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein – in Deutschland und weltweit.

Foto: DPA/AP Photo/Emrah Gurel



21/15

Zum Weiterlesen:

- Menschenrechte verteidigen (Flyer 20/24)
- gruene-bundestag.de » unsere-politik » unsere Ziele » Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- gruene-bundestag.de » unsere-politik » unsere Ziele » queer

Bundestagsdrucksachen:

- 21/3843** Freiheit für die Menschen in Iran – Solidarität mit der Zivilgesellschaft, Druck auf das iranische Regime
- 21/3618** Die transatlantischen Beziehungen neu denken
- 21/580** Queerfeindliche Hasskriminalität wirksam bekämpfen
- 21/4393** Starke Kommunen, starke Demokratie – für mehr Zusammenhalt vor Ort

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Fachbereich 4
Internationale Politik
und Menschenrechte

TEL 030 227 56789
FAX 030 227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

1. Solidarität mit LSBTIQ*-Menschenrechtsverteidiger*innen!

Der Einsatz vieler Aktivist*innen zeigt Wirkung: In den vergangenen Jahren gab es wichtige Fortschritte. Inzwischen steht die Ehe in 34 Staaten gleichgeschlechtlichen Paaren offen. Griechenland hat 2024 erstmals als christlich-orthodox geprägtes Land die Ehe für alle eingeführt – ein wichtiges Signal für Gleichberechtigung.

Diese Fortschritte sind aber nicht selbstverständlich. In anderen Staaten nehmen Ausgrenzung und Kriminalisierung wieder zu. Besonders deutlich zeigt sich das in Russland unter Wladimir Putin, der Repression und Hasspropaganda gegen queere Menschen einsetzt.

Viele LSBTIQ*-Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen riskieren täglich ihre Freiheit und teilweise ihr Leben. Sie werden eingeschüchtert, verfolgt oder kriminalisiert, weil sie für gleiche Rechte eintreten.

Wir setzen uns dafür ein, dass sie durch deutsche Auslandsvertretungen stärker unterstützt werden, durch Prozessbeobachtungen oder Gefängnisbesuche. Menschen in akuter Gefahr sollen über humanitäre Aufnahme- und Resettlementprogramme Schutz erhalten. Im Asylverfahren müssen die besonderen Bedarfe von LSBTIQ* berücksichtigt und das Personal entsprechend sensibilisiert werden. Zivilgesellschaftliche Projekte für die Rechte von LSBTIQ*-Personen wollen wir über Auslandsvertretungen und Entwicklungszusammenarbeit gezielt stärken.

2. Gegen die transnationale rechte Anti-Queer-Bewegung!

LSBTIQ*-Personen erleben weltweit Menschenrechtsverletzungen – von Diskriminierung und strafrechtlicher Verfolgung bis hin zur Todesstrafe. Neben staatlichen Akteuren mobilisieren häufig fundamentalistische Religionsgemeinschaften oder rechtsextreme Netzwerke gegen queere Menschen. Das von ihnen oft vorgebrachte Argument, LSBTIQ*-Rechte seien „westliche Werte“, ist historisch irreführend. Viele anti-queere Gesetze – etwa in Uganda – gehen auf koloniale Strafrechtsordnungen und politische Unterstützung fundamentalistischer Gruppen aus den USA zurück. Gerade deshalb sehen wir uns in der Verantwortung, uns heute für Entkriminalisierung und Gleichberechtigung einzusetzen.

Anti-LSBTIQ*-Gesetze, ob in Ungarn oder in Saudi-Arabien, verstoßen gegen internationale und regionale Menschenrechtskonventionen. Wir verurteilen entsprechende Initiativen und setzen uns dafür ein, die Finanzierungsstrukturen rechter Netzwerke offenzulegen. Auch Rei-

sewarnungen des Auswärtigen Amtes für Staaten, in denen LSBTIQ*-Personen kriminalisiert werden, sind ein wichtiges Instrument: Sie schützen Betroffene und machen auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam.

Besorgniserregend sind auch Entwicklungen in den USA. Im Zuge eines politischen Feldzugs gegen queere Menschen wurde trans* Personen verboten, im Militär zu dienen. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung, besonders für queere Jugendliche, wurde vielerorts eingeschränkt. Zudem verabschieden mehrere Bundesstaaten sogenannte „Don't Say Gay“-Gesetze, die Gespräche über sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität an Schulen verbieten.

Hinzu kommt die erneute und verschärfte Anwendung der sogenannten Global Gag Rule. Diese Politik zwingt internationale Organisationen, Programme zu u. a. reproduktiven Rechten, Diversität und Gender einzustellen oder aber US-Finanzierung zu verlieren. Angebote, auf die viele LSBTIQ*-Menschen weltweit angewiesen sind, fallen dadurch weg.

3. Für eine vielfältige und bunte Gesellschaft!

Internationale Bewegungen, die gezielt queere Personen ins Visier nehmen, machen auch vor Europa und Deutschland nicht Halt. Umso wichtiger ist eine klare und solidarische Antwort.

Als Grüne im Bundestag setzen wir uns entschieden für die Rechte von LSBTIQ*-Menschen ein und haben wichtige Fortschritte erreicht: Mit dem Selbstbestimmungsgesetz wurde jahrzehntelange Diskriminierung beendet und eine einfache Änderung von Geschlechtseintrag und Vornamen für trans*-, inter*geschlechtliche und nicht-binäre Personen ermöglicht.

Als Teil der Ampelregierung haben wir die Ahndung von Hasskriminalität gegen queere Menschen verbessert, Diskriminierung bei der Blutspende beendet und den ersten bundesweiten Aktionsplan „Queer leben“ aufgesetzt. Letzteren will die aktuelle Regierung nicht weiterführen.

Aber wir bleiben laut: Für die Weiterführung des Aktionsplans und ein Familienrecht, das alle Kinder schützt und Familien in ihrer Vielfalt anerkennt. Für die Anerkennung und Entschädigung des dem Bund zurechenbaren Unrechts gegenüber trans*- und inter*geschlechtlichen Menschen. Und für die Verankerung des Diskriminierungsverbots aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz. Denn eine offene, vielfältige Gesellschaft entsteht dort, wo Menschen füreinander eintreten – und wo Politik Freiheit und Würde für alle verteidigt.



Foto: REUTERS/Alex Protopopis